

I-2

| | |
|----------------------------|---|
| Titel | Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin! |
| Antragsteller*innen | Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand |
| Adressat*innen | Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion |

Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!

- 1 Seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem ersten Weltkrieg wird die Gründung eines kurdischen
2 Staates von der Türkei verhindert. Dies führt zu einer ständigen Konfliktsituation zwischen der türkischen
3 Regierung und kurdischen Milizen.
- 4 Eine friedliche Lösung ist dabei weiter nicht in Sicht. Im Gegenteil, durch die aktuelle Offensive der türkischen
5 Streitkräfte in das nordsyrische Gebiet rund um die Stadt Afrin spitzt sich die Lage weiter zu.
- 6 Am 20. Januar 2018 begann die Türkei ihre militärischen Offensive gegen die Kurdenmiliz YPG. Das Ziel der
7 AKP-Regierung Recep Tayyip Erdogans, der die YPG als verlängerten Arm der kurdischen Arbeiterpartei PKK
8 sieht, ist es, die kurdische Bevölkerung aus Nordsyrien bis hinter den Euphrat zu vertreiben. Damit kämpfen
9 die YPG und ihre Verbündeten nun nicht mehr nur gegen den IS, sondern werden von der türkischen Regierung
10 in einen Zwei-Fronten-Konflikt gedrängt. Dadurch wird Nordsyrien weiter destabilisiert. Die Folge ist mehr Ge-
11 walt gegen die Zivilbevölkerung und in der Konsequenz ein weiteres Anhalten der bestehenden humanitären
12 Notlage und all ihrer Folgen.
- 13 Durch ihre militärische Intervention in Nordsyrien verstößt die türkische Regierung gegen das Völker-
14 recht!
- 15 Der Angriff ist nicht durch das Recht auf Selbstverteidigung gedeckt, denn es liegt keine Verletzung der türki-
16 schen Souveränität und Integrität vor, noch ist damit momentan zu rechnen. Weder der türkische Staat noch
17 die türkische Bevölkerung ist durch ein autonomes Kurdengebiet – oder auch einen souveränen kurdischen
18 Staat – an der Grenze zur Türkei wesentlich bedroht und daher auch in keiner Form eine hinreichende Recht-
19 fertigung für eine militärische Intervention. Das Vorgehen der Türkei ist eine weitere Eskalation des Konfliktes
20 mit erneut schweren Menschenrechtsverletzungen, die für uns nicht hinnehmbar sind.
- 21 Die Jusos Bayern verurteilen das militärische Vorgehen der türkischen Regierung und fordern die sozialde-
22 mokratischen Fachpolitiker*innen und das sozialdemokratisch geführte Außenministerium dazu auf, darauf
23 hinzuwirken, dass die Türkei völkerrechtliche Verträge einhält und das Blutvergießen unverzüglich beendet.
24 Wir zeigen uns solidarisch mit den Angegriffenen.
- 25 Des Weiteren fordern wir einen sofortigen Stopp sämtlicher deutscher Waffenlieferungen an die Türkei, ins-
26 besondere eine Rücknahme der kürzlich bekanntgewordenen neuen Ausfuhrgenehmigungen. Die deutsche
27 Bundesregierung darf nicht den Eindruck erwecken, die türkische Offensive stillschweigend zu unterstüt-
28 zen.